



Presseschau vom 02.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Sicherheitsreport 2022: Die Deutschen fürchten am meisten die Inflation

Die Deutschen sind beunruhigt über die hohe Inflationsrate, knapp gefolgt von den Sorgen über wirtschaftliche Schäden durch die COVID-19-Pandemie. Die Angst vor der Spaltung der Gesellschaft nimmt zu und die vor Russland als Gefahr steigt von 32 auf 66 Prozent. ... <https://kurz.rt.com/2sz0>

Rachel Marsden: Was, wenn sich die digitale Datenerfassung zu einem dystopischen Sozialkreditsystem entwickelt?

Sollte die EU beschließen, Vollgas zu geben, um das Leben der Bürger in voller Bandbreite digital zu kontrollieren, können da Zweifel aufkommen, dass man dann vollständig von ihrer Kompetenz oder ihrer Fehlerhaftigkeit abhängig sein wird? ... <https://kurz.rt.com/2sxv>

Maxim Jussin: Erste offizielle Weigerung Kiews, die Minsker Abkommen umzusetzen: Was sagt der Westen nun?

Die jüngste Äußerung des Leiters des ukrainischen Sicherheitsrates, die Umsetzung der Minsker Abkommen würde die Ukraine zerstören, ist auf diesem Niveau und in dieser kategorischen Qualität bisher einmalig. Wird sie im Westen deswegen so geflissentlich übersehen? ...

<https://kurz.rt.com/2syx>

de.rt.com: Wissenschaftler: Antworten von BioNTech zu Konsistenz und Qualität des Impfstoffs unbefriedigend

Vier Wissenschaftler haben explizite Fragen an BioNTech-Gründer Uğur Şahin gerichtet, zum Thema der Qualität, der Qualitätssicherung und zu untypischen Merkmalen seines Produktes Comirnaty®. Die ersten Antworten reichen den Fragestellern nicht aus. Im Gegenteil, sie irritieren und ergeben neue Fragen, die nun veröffentlicht wurden. ...

<https://kurz.rt.com/2szr>

de.rt.com: RT DE Productions klagt gegen die Entscheidung der MABB, die die Verbreitung des Senders untersagt

Die Medienanstalt Berlin Brandenburg (MABB) hat am 2. Februar 2022 bekanntgegeben, dass der TV-Sender von RT DE nicht in Deutschland ausgestrahlt werden darf. Die Anstalt hatte am 17. Dezember 2021 ein Verfahren gegen RT DE eingeleitet. ...

<https://kurz.rt.com/2se4>

de.rt.com: Forscher der Johns-Hopkins-Universität: Effekt von Lockdowns "gering bis nicht vorhanden"

Schnell war der "Lockdown" in den vergangenen zwei Jahren als Maßnahme zur Hand, um COVID-19 einzudämmen. Kritische Stimmen stießen auf taube Ohren. Nun sind es Forscher der Johns-Hopkins-Universität, die der rigiden Maßnahme die epidemiologische Sinnhaftigkeit absprechen. ...

<https://kurz.rt.com/2t0g>

abends/nachts:

de.rt.com: Stellungnahme von Putin zu NATO-Antwort auf Sicherheitsgarantien: Prinzipielle Bedenken ignoriert

Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich zur Antwort der NATO und der USA zu den russischen Sicherheitsvorschlägen geäußert. Der Staatschef betonte, die grundlegenden Bedenken Russlands hinsichtlich der Sicherheitsgarantien seien ignoriert worden.

Die USA und die NATO sollen die prinzipiellen Besorgnisse Moskaus in ihren Antworten auf die russischen Vorschläge zu Sicherheitsgarantien ignoriert haben. Dies erklärte der russische Präsident Wladimir Putin auf einer Pressekonferenz nach Gesprächen mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Putin wörtlich:

"Wir analysieren derzeit sorgfältig die schriftlichen Antworten, die wir am 26. Januar von den USA und der NATO erhalten haben. Aber es ist schon jetzt klar, und ich habe den Premierminister darüber informiert, dass die prinzipiellen Bedenken Russlands ignoriert worden sind."

Zudem wies der russische Präsident darauf hin, dass die westliche Reaktion nicht angemessen auf die drei Hauptforderungen Russlands eingehe, nämlich auf die Nichtzulassung der NATO-Erweiterung, auf den Verzicht auf Stationierung von Angriffssystemen in der Nähe der russischen Grenzen und die Rückkehr der militärischen Infrastruktur des Blocks in Europa auf den Stand von 1997. Weiter hieß es:

"Die NATO beruft sich auf das Recht der Länder, frei zu wählen. Aber man soll die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der anderen stärken."

Putin sprach auch den möglichen NATO-Beitritt der Ukraine an. In dieser Hinsicht brachte der russische Staatschef in Erinnerung, dass die Doktrin der Ukraine besagt, dass die Krim militärisch zurückgeklagt werden solle. Putin führte fort:

"Stellen wir uns vor, die Ukraine – ein NATO-Mitglied – beginnt mit Operationen auf der Krim (vom Donbass spreche ich nicht). Dies ist Russlands souveränes Territorium. Sollen wir gegen den NATO-Block in den Krieg ziehen? Hat jemand darüber nachgedacht? Offensichtlich nicht."

Überdies betonte das russische Staatsoberhaupt, dass die NATO in den 1990er-Jahren versprochen habe, ihre Infrastruktur keinen Zentimeter voranzutreiben. Jetzt sei die NATO in Polen, Rumänien und den baltischen Staaten präsent, hieß es weiter. Dann hätten sich die USA aus dem Raketenabwehrvertrag zurückgezogen. "Ist das nicht eine Bedrohung für uns?", fragte Putin rein rhetorisch. Er fügte hinzu, dass Russland die Reaktionen der USA und der NATO noch prüfe und später über weitere Maßnahmen entscheiden werde.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61f985b7b480cc1f3541dd47.jpg>

deu.belta.by: **Verfassungsreferendum: GUS entsendet rund 120 Wahlbeobachter nach Belarus**

Rund 120 GUS-Wahlbeobachter werden zum landesweiten Verfassungsreferendum nach Belarus kommen. Das sagte der erste Vizevorsitzende des GUS-Exekutivkomitees und Vizeexekutivsekretär der GUS Leonid Anfimow im Anschluss an das Treffen mit dem Leiter der Zentralen Wahlkommission der Republik Belarus Igor Karpenko.

Zum 11. Mal in Folge werden die GUS-Wahlbeobachter in Belarus bei den Wahlen präsent sein. Das soll die 116. Mission in der GUS sein.

„Im Moment werden die Mandatsträger bestimmt. Das GUS-Exekutivkomitee überreichte Briefe an die Staatschefs, Leiter Zentraler Wahlkommissionen und Außenminister. Eine aktive Teilnahme an der Arbeit der GUS-Beobachtermission wird von der Interparlamentarischen Versammlung der GUS, den Abgeordneten der PV des Unionsstaates Belarus-Russland und von den Mitarbeitern des GUS-Exekutivkomitees erwartet. Die Mission wird sich voraussichtlich aus 100 bis 200 Beobachter zusammensetzen“, erzählte Anfimow.

Der Stab wird die nationale Wahlgesetzgebung analysieren, Beobachter in einzelne Regionen zuweisen. Der Stab legt die Regeln und Verfahren für die Arbeit der Mission fest, bereitet alle notwendigen Infos rund um das Verfassungsreferendum. Darüber hinaus wertet der Stab alle Informationen über die Beschwerden aus, die bei den zuständigen Stellen vor oder während der Abstimmung eingegangen sein werden.

Die Hauptgruppe der GUS-Wahlbeobachter kommt 2 bis 3 Tage vor dem Referendumstag nach Belarus und wird in allen Regionen des Landes bei der Öffnung und Schließung der Wahllokale sowie beim Urnengang dabei sein.

Am 20. Januar hat der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko einen Erlass über das landesweite Verfassungsreferendum unterzeichnet. Der eigentliche Wahltag ist der 27.

Februar. Die vorzeitige Abstimmung beginnt am 22. Februar und endet am 26. Februar.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1643730560_59659_big.jpg

armiyadnr.su: **Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die ukrainischen Kämpfer destabilisieren weiter zielgerichtet die Lage in der Konfliktzone, um eine Erwiderung des Feuers von Seiten der Volksmiliz hervorzurufen.

In **Richtung Mariupol** haben Kiewer Kämpfer von den Positionen der 36.

Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Pawlopol aus in Ausführung eines verbrecherischen Befehls des Brigadekommandeurs Gnatow eine **Drohne mit einer angehängten selbstgebauten Sprengvorrichtung** eingesetzt und so grob den ersten Punkt des Komplexes von Zusatzmaßnahmen verletzt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in Erfüllung seiner Pflicht zum Schutz der Republiken **einer unserer Verteidiger infolge der Detonation der Sprengvorrichtung starb**. Wir sprechen den Verwandten und Freunden des Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Außerdem hat der Gegner heute aus Richtung derselben Positionen der 36. Brigade im Gebiet von Pawlopol provokativ mit automatischen Granatwerfern **Sosnowskoje** beschossen.

Alle diese Sachverhalte erlauben es, mit voller Überzeugung zu behaupten, dass der Gegner in diesem Abschnitt vorsätzliche Provokationen durchführt und die Absicht hat, die ohnehin schwierige Situation zuzuspitzen.

de.rt.com: **Kiew: Gewaltsame Übergriffe ukrainischer Nationalisten auf oppositionellen TV-Sender "Nasch TV"**

In der ukrainischen Hauptstadt haben faschistische Gruppierungen versucht, das Studio eines der letzten verbliebenen regimiekritischen ukrainischen TV-Senders "Nasch TV" ("Unser TV") in Kiew zu stürmen.

Wie das Portal KP.ua meldet, findet in Kiew vor dem Gebäude des Fernsehsenders Nasch TV eine Kundgebung statt. Vertreter des "Nationalen Korps" erklärten, dass der Protest auf unbestimmte Zeit andauern wird und errichten Barrikaden am Ausgang des Rundfunkpavillons. Dies meldete der Telegram-Kanal VESTI.

Einer der Radikalen sagte, sie würden einen "Durchgang errichten, durch den jeder aus dem Fernseh pavillon herauskommen wird". "Die Aktion wird heute Abend nicht enden – sie wird unbefristet sein", heißt es in dem Bericht.

Nach Angaben von Journalisten befinden sich etwa hundert Nationalisten unter dem Gebäude. Nach Angaben des Telegram-Kanals PavlovskyNews verunstalteten die Demonstranten ein Transparent und klebten ein Emblem der russischen Armee darauf.

Einer der Organisatoren der Aktion benutzte in einer Live-Sendung des Fernsehsenders Nasch

TV unflätige Ausdrücke und bezog sich dabei auf Jewgeni Murajew, den sie für den De-facto-Eigentümer des Senders halten. "Einige Minuten später wurde die Beleuchtung des Plakats ausgeschaltet, auf dem die Nationalisten ein Zeichen der russischen Armee anbrachten", so der Sender.

Später sprühten die Demonstranten Schilder mit der Aufschrift "Wo sind die Sanktionen?" und "Separy" (abwertend für: "Separatisten") an den Eingang des Senders Nasch TV und stellten Säcke vor dem Eingang auf, die sie als "Barrikade gegen die russischen Informationstruppen" bezeichneten.



https://kp.ua/img/article/6424/80_news_big-v1643735436.webp

de.rt.com: **Fünfstündige Verhandlungen zwischen Wladimir Putin und Viktor Orbán: Gas, Ukraine und Sicherheit**

Zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán haben Gespräche stattgefunden. Die Parteien besprachen die Lage um die Ukraine, Sicherheitsgarantien, Gaslieferungen und die mögliche Produktion von Sputnik V in Ungarn. Fünfstündige Verhandlungen zwischen Wladimir Putin und Viktor Orbán: Gas, Ukraine und Sicherheit

Der russische Präsident Wladimir Putin und der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán haben in Moskau Gespräche geführt. In diesem Zusammenhang wies der russische Staatschef darauf hin, dass ein direkter Dialog viel besser als ein Telefongespräch sei.

Putin hob die Rolle der Energie in der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern hervor. Das russische Staatsoberhaupt teilte mit, dass Russland 55 Prozent des ungarischen Ölverbrauchs und mehr als 80 Prozent des ungarischen Gasverbrauchs decke. Er unterstrich die Zuverlässigkeit der ungarischen Seite in der Frage des Gastransits nach Westeuropa und erklärte, Russland sei bereit, die Zusammenarbeit zu verstärken.

Dank des Abkommens zwischen Budapest und Gazprom sei es gelungen, die Stabilität der Brennstoffversorgung zu gewährleisten, hieß es weiter. Der russische Staatschef betonte, dass dieser Vertrag bis 2036 gelte und einen niedrigeren Preis als in anderen Teilen Europas garantiere. Orbán erklärte seinerseits, dass der gesamte Kontinent eine Energiekrise erlebe, Ungarn jedoch sei für diesen Vertrag dankbar und plane, die Fördermengen zu erhöhen.

Angesprochen wurde auch der Kampf gegen die COVID-19-Pandemie. Der ungarische Ministerpräsident dankte Putin für die Lieferung des russischen Impfstoffs gegen COVID-19 Sputnik V an sein Land. Putin wiederum teilte mit, dass derzeit die mögliche Übermittlung der Produktionstechnologie des russischen Impfstoffs nach Ungarn geklärt werde:

"Trotz aller Kriseneinschränkungen – und wir versuchen, auch gemeinsam zu kämpfen – haben wir mehr als fünf Millionen Dosen Impfstoffe geliefert, und bei euch wurde Sputnik Light registriert."

Putin und Orbán sprachen auch über die Lage in Europa. Der russische Regierungschef

versprach, den ungarischen Ministerpräsidenten über die Vorschläge zu den Sicherheitsgarantien und die Entwicklung dieses Prozesses zu informieren. Unterdessen äußerte sich Orbán zu den Sanktionen gegen Russland:

"Die gegen Russland betriebene Sanktionspolitik hat Ungarn weit mehr geschadet als der Russischen Föderation. Eine solche Politik hat den gegenteiligen Effekt. Sanktionen sind zum Scheitern verdammt. Ich glaube nicht, dass dies in Bezug auf Russland oder andere Länder akzeptabel ist."

Was die aktuelle Ukraine-Krise betrifft, sagte der ungarische Ministerpräsident, dass er während der Gespräche mit Putin keine russische Absicht bemerkt habe, "etwas Drastisches" in Bezug auf die Ukraine zu tun.

Einen bedeutenden Teil der Rede nach dem Treffen mit Orbán widmete Putin der Antwort der USA und der NATO auf Sicherheitsvorschläge von Russland. Wladimir Putin erklärte, die USA hätten die grundlegenden Bedenken Russlands hinsichtlich der Sicherheitsgarantien ignoriert. Der Präsident brachte jedoch die Hoffnung zum Ausdruck, dass der Dialog fortgesetzt werde. Nach Ansicht des ungarischen Ministerpräsidenten sei es möglich, Abkommen zu schließen, die Frieden und Sicherheit für Russland garantieren und für die NATO-Mitgliedstaaten akzeptabel seien.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.02/article/61f992eeb480cc2d04685895.jpg>

snanews.de: **Lawrow: Westen setzt sich über Prinzip der unteilbaren Sicherheit hinweg**

Die USA und ihre Nato-Verbündeten setzen sich laut Russlands Außenminister Sergej Lawrow über das Prinzip der unteilbaren Sicherheit hinweg.

„Unsere westlichen Kollegen versuchen, dieses im euroatlantischen Raum abgestimmte wichtige völkerrechtliche Prinzip nicht einfach zu ignorieren, sondern sogar in Vergessenheit geraten zu lassen“, sagte der russische Chefdiplomat am Dienstag nach einem Telefonat mit US-Außenminister Antony Blinken.

Wie das zu verhindern sei, habe er nach Erhalt einer Antwort Washingtons auf Vorschläge Russlands zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa in einem Schreiben an die OSZE-Außenminister detailliert erörtert, sagte Lawrow. „Damit sie unsere Position zur Kenntnis nehmen.“

Er habe Blinken unumwunden gesagt, dass Russland es nicht gestatten werde, dieses Thema kaputtzureden. „Wir werden auf einem ehrlichen Dialog bestehen, bei dem der Westen klar erläutern sollte, warum er seine Verpflichtungen nicht erfüllen oder ausschließlich zu seinem Vorteil erfüllen will.“

Moskau sei besorgt über die Position einiger Nato-Länder zum Problem der unteilbaren Sicherheit. Die Reaktion der USA und der Nato auf die Hauptfrage – wie die zur Gewährleistung der unteilbaren Sicherheit 1999 auf der OSZE-Ebene in Istanbul und 2010 in

Astana erzielten Vereinbarungen nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt würden, sei negativ gewesen.

„Diese Vereinbarungen beinhalten nicht nur eine freie Wahl von Bündnissen, sondern auch die Verpflichtung, Schritte zur Festigung der eigenen Sicherheit auf Kosten anderer zu vermeiden.“

Der Westen unternehme jetzt Versuche, dieses fundamentale Prinzip zu kippen, kritisierte der russische Chefdiplomat.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/01/5208600_0:60:3071:1787_1920x0_80_0_0_91823daa32c0028c815a840768d6b55e.jpg

de.rt.com: **Als erstes EU-Land: Dänemark hebt sämtliche Corona-Restriktionen auf**
Dänemark hat am Dienstag als erstes EU-Land sämtliche Corona-Restriktionen aufgehoben. Die dänischen Behörden stufen das Coronavirus aufgrund einer hohen Impftrate nicht mehr als "sozial kritische Krankheit" ein.

Obwohl die Zahl der Omikron-Verdachtsfälle stark angestiegen ist, hat Dänemark am Dienstag als erstes EU-Land sämtliche Corona-Maßnahmen aufgehoben. Die dänische Regierung ist der Ansicht, dass man unter anderem durch die massive Impfkampagne des Landes in der Lage sei, die ansteckendere, aber mildere Variante des Virus in den Griff zu bekommen.

Seit dem 1. Februar stuft das skandinavische Land COVID-19 nicht mehr als "sozial kritische Krankheit" ein und schaffte die Maskenpflicht und COVID-19-Impfzertifikate ab. Die Beschränkungen für Versammlungen in geschlossenen Räumen wurden aufgehoben, und Restaurants und Bars kehren zu ihren üblichen Öffnungszeiten zurück. Auch Nachtclubs werden am späten Dienstag in ganz Dänemark wieder öffnen.

Bereits letztes Woche hatte die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen die Rückkehr "zum Leben, wie wir es vor Corona kannten", angekündigt. Frederiksen erklärte, dass es auf den ersten Blick paradox wirken könne, dass man die Beschränkungen aufhebe, wenn in dem 5,8 Millionen Einwohner zählenden Land täglich zwischen 40.000 und 50.000 neue Corona-Verdachtsfälle gemeldet werden. Dies sei jedoch nicht entscheidend, da aufgrund des milden Charakters der Omikron-Variante und der hohen Impfquote die Zahl der Krankenhausaufenthalte stetig zurückgegangen sei.

Mehr als 60 Prozent der Dänen erhielten bereits die dritte Auffrischungsimpfung, zusammen mit den kürzlich Geimpften dürften nach Schätzungen der Gesundheitsbehörde derzeit etwa 80 Prozent der dänischen Bevölkerung vor dem Virus geschützt sein, jeder Fünfte soll nach Schätzungen bereits eine Corona-Infektion durchlaufen haben. Die Epidemiologin Lone Simonsen von der Universität Roskilde sagte der Nachrichtenagentur AFP:

"Da Omikron für die Geimpften keine schwere Krankheit darstellt, halten wir es für vernünftig, die Beschränkungen aufzuheben."

Sie erklärte weiter, dass die weite Verbreitung des mutierten Stammes wahrscheinlich zu einer "robusteren und lang anhaltenden Immunität" führen wird, was die Auswirkungen künftiger Coronavirus-Wellen auf das Land minimieren würde. Dänemark hatte bereits im September letzten Jahres versucht, alle COVID-19-Beschränkungen aufzuheben, war aber zwei Monate später aufgrund einer Häufung von Fällen gezwungen, einige Beschränkungen wieder einzuführen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61f95ed5b480cc1fa5482a3c.jpg>

de.rt.com: **Telefonat zwischen Lawrow und Blinken: Sicherheitsgarantien und Ukraine-Krise**

Der russische Außenminister und der Leiter des US-Außenministeriums haben ein Telefongespräch geführt. Russland bestand auf der Umsetzung des Abkommens über Unteilbarkeit der Sicherheit in Europa. Die USA legten besonderes Augenmerk auf die Notwendigkeit, die Spannungen um die Ukraine abzubauen.

Am Dienstag hat der russische Außenminister Sergei Lawrow auf Initiative der USA ein Telefongespräch mit US-Außenminister Anthony Blinken geführt. Während des Telefonats besprachen sie die zuvor von Russland angebotenen Sicherheitsgarantien sowie die Ukraine-Krise.

Sergei Lawrow bezeichnete die Reaktion der USA auf die Forderung Russlands, die Vereinbarungen über die Unteilbarkeit der Sicherheit gewissenhaft umzusetzen, als negativ. Lawrow erklärte:

"In der Schlüsselfrage, die uns im Allgemeinen veranlasste, uns mit Initiativen an die Vereinigten Staaten und das nordatlantische Bündnis zu wenden, war die Reaktion negativ. Ich meine unsere Forderungen, dass alle die Vereinbarungen zur Unteilbarkeit der Sicherheit, die im Jahr 1999 in Istanbul und im Jahr 2010 in Astana innerhalb der OSZE getroffen worden waren, gewissenhaft umsetzen."

Die Reaktion der USA auf die Vorschläge Russlands zu Sicherheitsgarantien in der vergangenen Woche zeige, dass die US-Amerikaner es vorzögen, auch auf ihre Weise wichtige, aber zweitrangige Fragen zu erörtern. Lawrow merkte an, dass der Westen gleichzeitig dazu neige, das Schlüsselprinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit völlig zu vergessen. Der russische Außenminister sagte:

"Sie priorisieren buchstäblich ausschließlich das Prinzip der Bündnisfreiheit und ignorieren dabei völlig die auf höchster Ebene vereinbarte Bedingung, dass die Sicherheit anderer Staaten nicht verletzt werden darf."

Um dies zu verhindern, beschrieb Lawrow Russlands Position in einer separaten Botschaft im Detail und sandte sie an alle Außenminister der OSZE-Staaten und eine Reihe weiterer Staaten. Er fügte hinzu, Moskau sei auch besorgt darüber, dass andere NATO-Staaten, zum

Beispiel Frankreich, kürzlich durch ihren Außenminister erklärt haben, dass sie auf der Grundlage von Dokumenten, die der Annahme der Charta von Istanbul und der Erklärung von Astana vorausgingen, auf der Notwendigkeit bestehen, Sicherheit zu gewährleisten. Hierbei würden sie insbesondere die Charta von Paris zitieren, ein Dokument des Pariser OSZE-Gipfels von 1990, in dem nicht gefordert worden war, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer zu stärken.

Der russische Außenminister betonte, dass Russland auf einem ehrlichen Gespräch mit der NATO bestehen und eine Erklärung dafür suchen werde, warum der Westen nicht gewillt sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Lawrow teilte mit:

"Heute habe ich Antony Blinken bestätigt, dass dies immer noch ein Thema ist, das wir nicht zum Abschluss bringen werden. Wir werden auf ein ehrliches Gespräch und eine ehrliche Erklärung bestehen, warum der Westen seine Verpflichtungen nicht oder ausschließlich selektiv zu seinen Gunsten erfüllen will."

Lawrow sagte auch, Moskau werde die ressortübergreifende Koordinierung der Vorschläge Washingtons abschließen, die im Rahmen der Diskussion über Sicherheitsfragen eingegangen seien, und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin vorlegen. Er stellte außerdem fest, dass die heute verbreitete Nachricht, dass die Vereinigten Staaten angeblich eine Antwort Moskaus auf ihre Sicherheitsvorschläge erhalten hätten, auf einem Missverständnis beruhe:

"Heute haben wir tatsächlich eine Nachricht des US-Außenministeriums über die angebliche Antwort Moskaus auf das Dokument gehört, das die US-Amerikaner als Reaktion auf unsere ersten Vorschläge für Sicherheitsgarantien in Europa geschickt haben. Hier liegt ein Missverständnis vor."

US-Außenminister Anthony Blinken erklärte im Telefongespräch mit dem russischen Außenminister Sergei Lawrow, dass Washington bereit sei, weiterhin Sicherheitsfragen mit Moskau zu erörtern. Dies teilte der Pressedienst des US-Außenministeriums nach dem Gespräch mit. In der Erklärung heißt es:

"Anthony Blinken sprach heute mit dem russischen Außenminister Sergei Lawrow im Anschluss an die schriftliche Antwort der USA auf die russischen Sicherheitsvorschläge. Der US-Außenminister unterstrich die Zusage der USA, auf bilateraler Ebene und mit Verbündeten und Partnern einen substanziellen Austausch mit Russland über sicherheitsrelevante Fragen von gemeinsamem Interesse fortzusetzen, was wir in voller Abstimmung mit unseren Partnern und Verbündeten tun wollen."

Der US-Außenminister wies auch auf die Notwendigkeit hin, die Spannungen im Zusammenhang mit der Ukraine abzubauen, und erklärte, dass alle Länder das Recht haben, eine unabhängige Außenpolitik zu verfolgen und sich für Bündnisse zu entscheiden. In der Erklärung heißt es:

"Blinken betonte auch das Bekenntnis zur Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine und zum Recht aller Länder, ihre Außenpolitik und ihre Bündnisse selbst zu bestimmen. Der US-Außenminister forderte eine sofortige Deeskalation und den Rückzug von Truppen und Ausrüstung von den Grenzen zur Ukraine. Er betonte, dass ein weiteres Eindringen in die Ukraine unmittelbare und schwerwiegende Folgen haben würde, und forderte Russland auf, den Weg der Diplomatie zu beschreiten." ...



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61f9a70348fbef16253e3fb6.jpg>

vormittags:

snanews.de: 2500 Soldaten nach Polen: USA stocken ihre Truppen in Osteuropa auf

Die USA werden nach Angaben des Leiters des polnischen Nationalen Sicherheitsbüros, Pawel Soloch, bald etwa 2500 Militärs nach Polen schicken. Derzeit sind in diesem Land rund 5500 US-Soldaten stationiert.

„Wir rechnen mit den US-Soldaten“, sagte Soloch dem Polnischen Radio am Mittwoch. Die Verhandlungen darüber seien bereits geführt worden. „Die Amerikaner haben vor einigen Tagen die Verlegung von mehr als 8500 Soldaten für ganz Osteuropa angekündigt“, so Soloch. „Wir werden höchstwahrscheinlich weitere 2500 Soldaten haben“.

In der vergangenen Woche gab das Pentagon bekannt, Washington habe 8500 Soldaten in höchste Alarmbereitschaft für den Fall versetzt, dass sie aufgrund der angespannten Lage um die Ukraine nach Europa verlegt werden müssten. Wie der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, John Kirby, mitteilte, geht es darunter um mehrere Luftlandedivisionen der US-Armee.

Es stellte auch klar, dass die USA keine Pläne haben, ihre Truppen in Europa außerhalb des Territoriums von Nato-Verbündeten zu stationieren. Präsident Joe Biden deutete am 28. Januar an, dass die US-Behörden beabsichtigen, in naher Zukunft mit der Entsendung einer kleinen zusätzlichen Truppe nach Osteuropa zu beginnen.

Zuletzt hatten sich westliche Staaten immer wieder darüber besorgt gezeigt, dass Russland einen Einmarsch in die benachbarte Ukraine anstreben könnte. Moskau dementiert solche Pläne. Die Nato und einige anderen Länder kritisieren seit Wochen Truppenbewegungen Russlands auf seinem Hoheitsgebiet an der Grenze zur Ukraine. Russland hat bereits mehrmals diese Anschuldigungen wegen angeblicher „aggressiver Handlungen“ zurückgewiesen. Die Spannungen würden hingegen die USA und ihre Nato-Verbündeten schaffen, die ihre Präsenz in Osteuropa erhöhen, die Zahl der Manöver im Schwarzen Meer steigern sowie Waffen an die Ukraine liefern.

Das Ziel aller Aggressionsvorwürfe gegenüber Russland besteht nach Moskaus Ansicht darin, eine militärische Konzentration an den russischen Grenzen zu schaffen.

Moskau weist immer wieder darauf hin, dass die Ukraine die Minsker Vereinbarungen verletzt. Diese sehen einen Waffenstillstand vor. Kiew hat hingegen die Hälfte seiner Streitkräfte, etwa 125.000 Militärangehörige, an die Trennlinie im Donbass geschickt und beschießt regelmäßig die selbsterklärten Volksrepubliken darunter mit verbotenen Waffen wie Anti-Panzer-Raketen Javelin und Angriffsdrohnen Bayraktar.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/0f/4695201_0:126:3193:1922_1920x0_80_0_0_c985a1ecfae51663da2a58cad51183b8.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 1. Februar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

ukrinform.de: **Ukraine nimmt an Diskussion über das Strategische Konzept der NATO teil**

Dies geht aus den Informationen hervor, die auf der Seite des Bündnisses veröffentlicht wurden.

Die Staats- und Regierungschefs der NATO-Alliierten beauftragen den NATO-Generalsekretär, ein neues strategisches Konzept vor dem NATO-Gipfel in Madrid im Juni 2022 zu entwickeln. Der NATO-Generalsekretär setzt Konsultationen mit Alliierten, Partnern und anderen beteiligten Parteien, einschließlich akademischer Kreise und Vertreter des Privatsektors fort.

An dem Treffen nahmen NATO-Partner aus dem euro-atlantischen Raum, dem Nahen Osten und Nordafrika, dem Mittelmeerraum und anderen Weltregionen teil. Unter den 37 Nicht-NATO-Mitgliedern sind Algerien, Armenien, Australien, Österreich, Aserbaidschan, Bahrain, Bosnien und Herzegowina, Kolumbien, Ägypten, Finnland, Georgien, Irak, Irland, Israel, Japan, Jordanien, Kasachstan, die Republik Korea, die Kirgisische Republik, Kuwait, Malta, Mauretanien, Moldau, die Mongolei, Marokko, Neuseeland, Pakistan, Katar, Serbien, Schweden, Tadschikistan, Tunesien, Turkmenistan.

Auf dem NATO-Gipfel im Juni 2021 in Brüssel wurde eine umfassende Reformagenda „NATO 2030“ beschlossen. Der NATO-General-Sekretär wurde beauftragt, ein neues strategisches Konzept der NATO zu entwickeln, das die Herausforderungen und Bedrohungen der Gegenwart, die Entwicklung von Verteidigungsmöglichkeiten der Allianz weltweit widerspiegeln soll.



https://static.ukrinform.com/photos/2022_02/thumb_files/630_360_1643788183-550.jpeg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 1. Februar 3:00 Uhr bis 2. Februar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK vier Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung folgender Ortschaften: **Wesjoloje, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Sosnowskoje, Kominternowo.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, starb ein Verteidiger der Donezker Volksrepublik bei der Ausübung seiner Pflicht zur Verteidigung unserer Grenzen infolge des Abwurfs einer Sprengeneinrichtung von einer Drohne durch den Gegner. Wir sprechen den Verwandten und Freunden des Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 44.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde 1 Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: „Von Grund auf erlogen“: Botschafter kommentiert Vorwürfe des Weißen Hauses gegen Russland

Die Anschuldigungen gegen Russland wegen angeblichen „C-Waffeneinsatzes“ und „zahlreicher Besetzungen“ anderer Staaten sind unbegründet. Das betonte der russische Botschafter in Washington, Anatoli Antonow, in einer Stellungnahme zur diesbezüglichen Behauptung der Pressesprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki.

Sie sagte in ihrem Pressebriefing am Dienstag in Bezug auf Russland und dessen Präsidenten: „Es gibt ein Land und einen Staatschef, die chemische Waffen einsetzen, die zahlreiche Länder in den vergangenen sieben Jahren besetzten...“.

Dem Botschafter zufolge ist die Äußerung von Psaki „von Grund auf erlogen und darauf gerichtet, Russland in den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit und der Weltgemeinschaft zu dämonisieren“.

„Russland hält am Prinzip der ‚Nichteinmischung‘ in die Angelegenheiten anderer Länder fest und befolgt strikt das Völkerrecht. Im Unterschied zu den USA, deren moderne Geschichte eher einer Chronologie amerikanischer Militäroperationen in verschiedenen Teilen der Erdkugel ähnelt“, fügte der Diplomat hinzu.

Ukraine-Frage

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen haben sich in den letzten Monaten noch mehr angespannt, die Situation um die Ukraine hat sich verschlimmert. Washington und

Brüssel beschuldigen Moskau der Vorbereitung einer „Invasion“ und einer Zusammenziehung russischer Truppen an der Grenze zu dem Nachbarstaat.

Vor diesem Hintergrund verstärkt die Nordatlantische Allianz ihre Präsenz in Osteuropa. So wurde am 24. Januar bekannt, dass eine dänische Fregatte in die Ostsee, vier dänische Jagdflugzeuge nach Litauen sowie spanische Schiffe und niederländische Jagdflugzeuge nach Bulgarien verlegt wurden. Frankreich erklärte sich bereit, seine Kräfte nach Rumänien zu entsenden.

Moskau weist die Vorwürfe zurück und betont, dass die Truppenbewegungen innerhalb des eigenen Territoriums Russlands erfolgen. Die russische Seite verweist auch darauf, dass die Ukraine die Minsker Abkommen nicht einhält, die die Feueereinstellung und den Abzug schwerer Waffen von der Berührungslinie vorsehen. Kiew hat jetzt die Hälfte des Personalbestandes seiner Armee an der Grenze zu den selbsterklärten Republiken Donezk und Lugansk konzentriert und nimmt Volksmilizen regelmäßig unter Beschuss. Zum Einsatz kommen dabei unter anderem verbotene Waffen wie Javelin-Panzerabwehrraketen und Angriffsdrohnen Bayraktar.

Der Kreml und das russische Außenministerium haben wiederholt darauf verwiesen, dass die Falschinformation über eine „russische Aggression“ dem Ziel dienen, die Masse fremder Truppen vor den russischen Grenzen aufzustocken. Die Hauptursache für die Eskalation in der Ukraine seien die Handlungen der USA und der Nato, die Militärberater sowie Waffen und Kampftechnik in die Ukraine schicken und die Anzahl an Militärübungen dort vergrößern und dadurch Kiew zu militärischen Abenteuern anstiften, wurde betont



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/03/11/1336933_0:0:3073:1730_1280x0_80_0_0_a73d4d4d6fb5e445ea574b1efef280a5.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 2. Februar um 9:00 Uhr 23.052 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

981 Personen sind derzeit erkrankt, 18.891 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 3180 Todesfälle.

de.rt.com: UN-Sicherheitsrat verlängert Libyen-Mission um drei Monate

Seit der Absetzung von Libyens Revolutionsführer al-Gaddafi kommt das afrikanische Land nicht zur Ruhe. Konflikte überschatten das einst wohlhabende Land. Eine UN-Mission soll Libyen helfen, eine Regierung aufzubauen. Ein messbarer Erfolg bleibt aber aus.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat einstimmig beschlossen, die Mission in Libyen um drei Monate zu verlängern. Somit läuft das Mandat nun am 30. April aus. Der Verlängerung waren schwierige Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und

Russland vorausgegangen. Mehrere westliche Staaten, darunter auch Großbritannien, hatten auf eine inhaltliche Änderung des Mandates gepocht. Ihr Ziel war es, auf eine baldige Durchführung von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu drängen.

Der britische Diplomat James Kariuki erklärte, dass seine Delegation hart für eine inhaltliche Anpassung des Mandats gekämpft habe, das aber leider nicht möglich gewesen sei. Libyen sei jetzt an einem entscheidenden Wendepunkt angekommen. Die Arbeit der UN-Mission im kriegsgezeichneten Land sei wichtiger denn je.

Nathalie Braodhurst Estival, die stellvertretende UN-Botschafterin Frankreichs, betonte, dass ihr Votum für die Verlängerung der UN-Mission ein Zeichen der Unterstützung ihres Landes für die UN sei. Der Sicherheitsrat müsse die Libyer dazu ermutigen, ihre Differenzen beizulegen, um entsprechend des Libyschen Politischen Dialogforums Präsidial- und Parlamentswahlen durchzuführen.

Der US-amerikanische UN-Chefvertreter Jeffrey DeLaurentis beklagte die Verlängerung des UN-Mandates ohne inhaltliche Änderungen als suboptimales Ergebnis. Das sei ein "schlechtes Resultat" für den Sicherheitsrat. Die UN-Mission in Libyen spiele bei den Vorbereitungen für die Wahlen und die Einhaltung des Waffenstillstands eine herausragende Rolle.

Russlands stellvertretende UN-Botschafterin Anna M. Jewstignejewa sicherte die Unterstützung ihres Landes für die UN-Mission in Libyen zu und rief alle Akteure im Land auf, die unterstützende Rolle des Sicherheitsrates wahrzunehmen, Fristen zu setzen und die Wahlen durchzuführen.

Russland hatte im Vorfeld gedroht, ein Veto gegen mögliche inhaltliche Änderungen des UN-Mandats einzulegen. Zudem setzte Moskau durch, dass die Verlängerung des Mandates auf drei Monate befristet ist. Hintergrund des Streites ist die Stelle des UN-Sondergesandten für Libyen. Im November war der slowakische Diplomat Jan Kubis von dem Posten zurückgetreten. Seitdem übernimmt die US-Diplomatin Stephanie Williams diese Rolle kommissarisch. Moskau pocht auf eine Neubesetzung des Postens.

Eigentlich hätten im Rahmen des politischen Abkommens zur Beendigung des Bürgerkriegs in Libyen am 24. Dezember Präsidentschaftswahlen stattfinden müssen. Diese wurden jedoch ohne einen neuen Termin verschoben.

Die Mission der UN in Libyen ist seit September 2011 aktiv. Sie wurde im Zuge des Libyen-Konfliktes geschaffen, bei dem der langjährige Staatschef Libyens Muammar al-Gaddafi mit militärischer Unterstützung des Westens gestürzt worden war. Auf seinen Sturz folgten mehrere Wellen blutiger Konflikte zwischen verschiedenen Milizen im Kampf um die Vorherrschaft im Land. Ziel der UN-Mission ist unter anderem die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und der Wiederaufbau einer funktionierenden Regierung auf Basis einer durch politische Konsultationen verabschiedeten Verfassung.



<https://cdn.rtr.de/deutsch/images/2022.02/article/61f99845b480cc2d0468589f.jpg>

Mzdnr.ru: Am 1. Februar wurden in der DVR 4338 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 1245 positiv, bei 3 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 71 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 23 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 53 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 711 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 347 mit Sauerstoffunterstützung (+12 in den letzten 24 Stunden).

Am 2. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 127.354 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

7648 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 110.148 als gesund entlassen, es gibt 9558 Todesfälle.

de.rt.com: **US- und NATO-Antwort geleakt: Russlands Angebot abgelehnt**

Die Antworten der USA und der NATO auf Russlands Vertragsentwürfe über gegenseitige Sicherheitsgarantien sind geleakt worden. So wird Russland die Möglichkeit zur Inspektion der Raketenschild-Stützpunkte in Rumänien und Polen in Aussicht gestellt. Doch im Wesentlichen wurde Russlands Angebot einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur abgelehnt. Laut Dokumenten, die der spanischen Tageszeitung El País angeblich zugespielt und am Mittwochmorgen veröffentlicht wurden, haben die USA und die NATO die wichtigsten Forderungen Russlands nach einer Nichterweiterung des Militärblocks nach Osten und breiter zu fassenden europäischen Sicherheitsgarantien abgelehnt – dem Wesen nach und auch formell. Sie erklären sich jedoch weiterhin offen für einen Dialog und haben auch einige Bereiche für eine mögliche Zusammenarbeit umrissen. Mittlerweile hat die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti die Echtheit der Dokumente bestätigt, dies allerdings nur mit Verweis auf eine anonyme "diplomatische Quelle". Russlands Außenministerium selbst wollte die Echtheit der veröffentlichten Dokumente hingegen weder bestätigen noch dementieren, schreibt Radio Sputnik mit einem Zitat der Sprecherin Maria Sacharowa: "Die Frage geht bitte an die USA."

Die schriftlichen Antworten auf Moskaus Vorschläge vom Dezember spiegeln weitgehend wider, was westliche Beamte und Funktionäre nach Erhalt der russischen Angebote öffentlich äußerten.

Ebenso nicht neu ist der arrogante, selbstgefällige und tendenziöse Tenor des NATO-Textes: Das Bündnis warf Russland eine "erhebliche, unprovizierte, ungerechtfertigte und andauernde" militärische Aufrüstung in und um die Ukraine und in Weißrussland vor. Der Block bekräftigte seine Unterstützung für "das Recht anderer Staaten, Sicherheitsvereinbarungen zu wählen oder zu ändern" und wies die Forderung Russlands zurück, weder die Ukraine noch andere neue Mitglieder aufzunehmen – unter Missachtung des grundlegenden Bereichs II der Europäischen Sicherheitscharta, die im Jahre 1999 in Istanbul unterzeichnet wurde.

Der von den USA geführte Block bestritt, dass er eine Bedrohung für Russland darstellt. Man behauptet sogar, Moskau nach dem Ende des Kalten Krieges Anfang der 1990er Jahre die "Hand der Freundschaft" gereicht und einen Dialog angeboten zu haben:

"Keinem anderen Partner wurde eine vergleichbare Beziehung oder ein ähnliches institutionelles Rahmengerüst angeboten. Dennoch hat Russland das im Kern unserer Zusammenarbeit liegende Vertrauen gebrochen und die Grundprinzipien der globalen und euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur infrage gestellt."

"Ein Rückgängigmachen des Ausbaus der militärischen Aufgebote Russlands in und um die Ukraine wird für wesentliche Fortschritte unerlässlich sein."

Vertrauensbildung, wo kein Vertrauen sein kann

Der Block bot seinerseits allgemeine Transparenz und vertrauensbildende Maßnahmen an: Dazu gehören etwa der Austausch von Informationen über anstehende Militärübungen der

Seiten, verschiedene Beratungsgespräche, die Einrichtung einer zivilen Hotline und die Wiedereinführung entsprechender Missionen in Moskau und Brüssel.

Ähnlich wiesen auch die USA die Forderung Russlands zurück, dass die NATO nicht noch näher an seine Grenzen heranrücken darf:

"Die Vereinigten Staaten unterstützen weiterhin entschieden die Politik der offenen Tür der NATO."

Washington erklärte sich wiederum bereit, über etwaige "gegenseitige Verpflichtungen der Vereinigten Staaten wie Russlands zu diskutieren, auf die Stationierung offensiver bodengestützter Raketensysteme und ständiger Streitkräfte mit Kampfauftrag auf dem Territorium der Ukraine zu verzichten."

Was die Streitkräfte der USA und der NATO in Osteuropa betrifft, so bekräftigte man: Ihre derzeitige Stationierung sei "begrenzt, angemessen und in voller Übereinstimmung mit den Verpflichtungen aus der NATO-Russland-Grundakte." Ferner heißt es, die Verbündeten würden "unsere Verteidigungsposition verstärken", falls Russland die Ukraine angreife oder seine eigene "Streitkräfteaufstellung" erhöhe.

Ebenso wie die NATO schrieben auch die USA, dass Fortschritte im Dialog nur "in einem Umfeld der Deeskalation in Bezug auf Russlands bedrohliche Aktionen gegenüber der Ukraine" erzielt werden können.

Die USA erklärten ihre Bereitschaft, die Gespräche über strategische Rüstungskontrolle mit Moskau fortzusetzen, einschließlich der Begrenzung der Stationierung von ballistischen Raketen und nuklear bestückten Bombern.

RT hat die NATO und das US-Außenministerium um eine Stellungnahme zu dem Bericht gebeten, aber noch keine Antworten erhalten.

Russland hat immer wieder Pläne für einen Angriff auf die Ukraine dementiert und erklärt, dass es die militärische Infrastruktur des Westens entlang seiner Grenzen als Bedrohung ansieht. Im Dezember schlug Moskau vor, dass die USA und die NATO mit Russland rechtsverbindliche Verträge zu diesem Belang unterzeichnen.

Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte am Dienstag, die schriftlichen Antworten an Moskau zeigten, dass Washington die "grundlegenden" Sicherheitsbedenken Russlands missachte. Ähnlich äußerte sich zuvor auch Außenminister Sergej Lawrow über die westliche Haltung.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fa65e0b480cc56270585b7.jpg>

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko

Die militärisch-politische Führung der Ukraine bereitet weiter aktiv eine Aggression gegen die Volksrepubliken vor.

Unsere Aufklärung hat einzelne **Daten über geplante Aktionen der ukrainischen Armee**

bei einem Angriff auf den Donbass erhalten.

Mit Beginn des Angriffs plant das ukrainische Kommando, eine taktische Luftlandetruppe auf der 79. Luftsturmbrigade im Hinterland unserer Verteidigung abzusetzen.

Im Zusammenhang damit werden auf einem Übungsplatz in Gebiet von Nowoajdar mit Kämpfern der 79. Luftsturmbrigade **Aktionen zum Absetzen von Luftlandetruppen** des 1. Bataillons unter Einsatz von MI-8-Hubschraubern aus dem Bestand der 16.

Armeeluftwaffenbrigade der Ukraine trainiert. Auf einem Übungsplatz im Gebiet von Dmitrowka werden Kampfübungen mit Einheiten des 2. und 3. Bataillons dieser Brigade mit **Erarbeitung von Angriffsaktionen von Sturmgruppen unter Stadtbedingungen** durchgeführt.

Im Hinterland der angreifenden Einheiten der ukrainischen Armee, werden – wie das auch 2014-2015 der Fall war – Truppenteile der ukrainischen Nationalgarde stationiert werden, die nach Beginn des Angriffs die Ordnung gewährleisten und Deserteure abfangen sollen, von diesen wird es, wie wir aus den Erfahrungen der letzten Jahre wissen, in den Reihen der ukrainischen Strafruppen nicht wenige geben. Zur Ausführung dieser Aufgaben sind im Verantwortungsbereich der 57. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Einheiten des 15. Regiments der Nationalgarde der Ukraine „Slawjansk“ eingetroffen.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Konzentration ukrainischer Truppen in der Zone der sogenannten Operation der vereinigten Kräfte **hat Kiew entschieden, Einheiten der Territorialverteidigung**, deren Formierung derzeit in der Ukraine in vollem Gang ist, **in die Angriffsgruppierungen aufzunehmen.**

Zum Zweck einer vollwertigen Ausrüstung dieser Einheiten mit Waffen hat die Rada der Ukraine am 27. Januar dieses Jahres den Gesetzesentwurf Nr. 6302 angenommen, der es erlaubt, Einheiten der Territorialverteidigung mit mobilen Antipanzer- und Abwehrraketenkomplexen zu bewaffnen. Unter Berücksichtigung dessen, dass es nicht geplant ist, diese Einheiten von Milizen mit Panzertechnik auszurüsten, werden sie bei den Kampfhandlungen unter Stadtbedingungen eingesetzt werden, wo schwere Technik schwer eingesetzt werden kann.

Außerdem kann man sagen, dass die Formierung der Einheiten der Territorialverteidigung nichts anderes ist als eine verschleierte Mobilisierung, der gegenüber sich die Bevölkerung der Ukraine äußerst negativ verhält.

Wie Sie sehen, ist das Kiewer Regime zum Nutzen seiner Ambitionen, zum Erreichen des Ziele einer Aggression im Donbass bereit, einfache Bürger der Ukraine in den Tod zu schicken. Dabei gibt beim Kommando der ukrainischen Streitkräfte keine feste Zuversicht bezüglich des Erfolgs der geplanten Angriffshandlungen. Davon zeugen Fälle der **Evakuierung von Dokumenten und Material von örtlichen Staatsorganen.**

So hat unsere geheimdienstliche Aufklärung Informationen erhalten, dass der Leiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine Bakanow Anweisungen an die Hauptabteilung des SBU in der Donezker und Lugansker Oblast erteilt hat, die persönlichen Dinge der Mitarbeiter sowie die Dossiers über die wertvollsten Agenten herauszubringen.

Wir werden die Vorbereitung der Ukraine zu Kampfhandlungen gegen die Volksrepubliken aufmerksam verfolgen und die Truppenteile der Volksmiliz auf die Abwehr der ukrainischen Aggression im Donbass vorbereiten.

snews.de: **Türkei fliegt Luftangriffe in Syrien und Irak**

Die Türkei hat nach eigenen Angaben in einer neuen Luftoffensive Stellungen von Kurdenmilizen in Nordsyrien und im Nordirak bombardiert. Es seien Schutzräume und Munitionslager getroffen worden, teilte das Verteidigungsministerium in Ankara am Mittwoch mit.

Der Militäreinsatz richte sich gegen die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK und gegen die Kurdenmiliz YPG in Syrien, die beide von der Türkei als Terrororganisationen eingestuft

werden. Ankara begründete die Luftschläge in den Nachbarländern mit Selbstverteidigung. In Europa und den USA steht nur die PKK auf der Terrorliste. Die Kurdenmilizen in Syrien sind dagegen Verbündete der USA im Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS). Das Hauptquartier der PKK liegt in den nordirakischen Kandil-Bergen. Ankara geht immer wieder militärisch gegen deren Stellungen in der Südosttürkei sowie im Nordirak vor. Die PKK wiederum verübt Anschläge. Der seit 1984 andauernde Konflikt kostete bislang Zehntausenden Menschen das Leben. Ein Waffenstillstand war im Sommer 2015 gescheitert.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/02/5212686_0:149:3111:1899_1280x0_80_0_0_0e6a8e67f07ee2c0a5a5c7e2a0f6af47.jpg

Dan-news.info: **Anonyme Mitteilungen über eine Verminung von 85 Schulen** in Donezk sind heute morgen eingegangen, teilt der Bürgermeister Alexej Kulemsin mit.

Vor Ort arbeiten Spezialdienste, Schüler halten sich in den Gebäuden nicht auf.

Auch der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodjko teilte mit, dass es anonyme Mitteilungen über die Verminung aller Schulen in Gorlowka geben.

Aufgrund dieser Situation hat der Fernunterricht für die Schüler einen Tag früher als geplant begonnen.

deu.belta.by: **„Wir drohen niemandem“: Militärexperte über Bereitschaft, nationale Interessen zu verteidigen**

Wir sind immer bereit, unser Heimatland zu verteidigen. Das sagte Stellvertretender Chef des Generalstabs der Streitkräfte für wissenschaftliche Arbeit, Doktor der Militärwissenschaften Nikolai Busin, heute während einer Expertenrunde zum Thema „Botschaft des Präsidenten an das belarussische Volk und die Nationalversammlung. Drei Fragen des Staatschefs an Belarussen“ in der Telegraphenagentur BelTA.

„Ich möchte auf die folgenden Thesen aufmerksam machen: Erstens, es wird keinen Krieg geben, solange die Politik es nicht anders will. Zweitens, das Staatsoberhaupt hat sich als Oberbefehlshaber der Armee klar dazu geäußert. Er betrachtet den Krieg in keiner Weise als Mittel zur Lösung politischer Aufgaben. Drittens, wir wollen niemandem drohen, wir erklären nur, dass wir in der Lage sind, uns zu verteidigen. Wir zeigen, dass wir Kräfte und Mittel haben, um alle Probleme zu lösen. Wir haben dazu eine klare Sicht und fähige Menschen. Nicht umsonst rangiert unser Staat in Puncto militärische Lösung von Problemen ganz oben“, sagte Nikolai Busin.

Ihm zufolge hat Belarus das Wichtigste, was viele Staaten heute nicht haben, nämlich die Bereitschaft, das Heimatland zu verteidigen. „Diese Bereitschaft haben wir im Wahljahr 2020 vor Augen geführt. Diese Bereitschaft haben wir auch Anfang 2022 demonstriert, als wir unsere Gemeinschaft verteidigt haben. Wir wollen niemandem wünschen, sich am eigenen

Leib davon überzeugen zu lassen, was es bedeutet, wenn wir unser Haus verteidigen. Das gönnen wir niemandem. Man sollte einfach weiter leben, sich entwickeln und sich jeden Tag Fragen stellen, die uns der belarussische Staatschef in seiner jährlichen Botschaft formuliert hat“, fügte der stellvertretende Generalstabschef hinzu.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1643798547_59662_big.jpg

nachmittags:

deu.belta.by: **Borowik: Nach dem gescheiterten Putsch wird Westen Belarus künstlich am Fortschritt „hemmen“**

Nach dem gescheiterten Putsch in Belarus wird der Westen alles daran setzen, unser Land in seiner Entwicklung künstlich zurückzuhalten. Das sagte der Politologe Wadim Borowik während der Expertenrunde zum Thema „Botschaft des Präsidenten an das belarussische Volk und die Nationalversammlung. Drei Fragen des Staatsoberhauptes an Belarussen“ in der Telegraphenagentur BelTA.

„Analysiert man die drei Fragen des belarussischen Präsidenten, die er an das belarussische Volk gestellt hat, merkt man, wie eng sie zusammenhängen. Die Verteidigung ist Garantie der Souveränität, der Bildung effektiver öffentlicher Institute. Das ist die Quintessenz bestimmter staatlicher Institutionen“, sagte Borowik.

Die Belarussen haben ihre eigene Sicherheit und Unabhängigkeit immer als etwas Selbstverständliches wahrgenommen. „Wir haben sie heute nicht mit Blut bezahlen müssen. Wir haben für sie im Großen Vaterländischen Krieg gekämpft. Wir verstehen zwar, dass wir Befreier und Sieger waren, dass die Welt dank uns am Leben ist und dass der westliche Wohlstand einen hohen Preis hatte, und zwar das Leben unserer Großväter und Väter. Unsere Unabhängigkeit und Souveränität haben wir friedlich errungen, ohne das Blut vergießen zu müssen“, sagte der Experte. „Niemand hat sich für die Souveränität des Landes so sehr eingesetzt wie Alexander Lukaschenko, niemand hat sich so stark darum bemüht, dass Belarus Energieressourcen preiswert bekommt, einen freien Zugang zum russischen Markt hat, eine multilateral ausgerichtete Außen- und Handelspolitik verfolgt. Und die Menschen in Belarus müssen sich eines bewusst werden: Wenn schon der von ausländischen Geheimdiensten gesteuerte Machtstreich misslungen war, wird jetzt nach wie vor versucht, Belarus am Fortschritt künstlich zu hemmen.“

Wadim Borowik wandte sich an alle Belarussen: Wir müssen verstehen, dass wir einen Staat haben, einen souveränen und sicheren Staat. Unser Wohlergehen hängt weitgehend von uns selbst und von unserer Verantwortung ab. „Heute müssen die Belarussen einfach bereit sein,

in einer schwierigen Zeit ein wenig mehr Verantwortung zu übernehmen, damit der Staat seine Finanzressourcen bei Bedarf umverteilen könnte, zum Beispiel auch für die Verteidigung. Wir müssen wissen, dass wir gemeinsam mit dem Staat unsere eigene Souveränität verteidigen können. Aber wir können uns in solch ernststen Angelegenheiten nicht mehr nur auf den Staat verlassen“, sagte er.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1643801946_59663_big.jpg

de.rt.com: **Britischer Flugzeugträger "in Bereitschaft für Einsatz" – falls "Lage in Ukraine eskaliert"**

Berichten zufolge hat Großbritannien den Flugzeugträger der Royal Navy "HMS Prince of Wales" für den Fall einer "Eskalation der Lage in der Ukraine" in Bereitschaft versetzt. Auch schnelle Jets, weitere Kriegsschiffe und Militärspezialisten könnten entsandt werden.

Berichten zufolge hat Großbritannien den Flugzeugträger der Royal Navy "HMS Prince of Wales" für den Fall einer "Eskalation der Lage in der Ukraine" in Bereitschaft versetzt. Der 65.000 Tonnen schwere Flugzeugträger der Queen-Elizabeth-Klasse wurde kürzlich zum Flaggschiff der NATO ernannt. Er soll im nächsten Jahr an der Spitze der maritimen Einsatzkräfte der Allianz in der Arktis, der Ostsee und im Mittelmeer stehen.

Die HMS Prince of Wales verließ Portsmouth am 12. Januar, als Teil einer dreiwöchigen Einarbeitungszeit für ihre neue Aufgabe. Die NATO hat Russland in den letzten Wochen immer wieder vorgeworfen, tausende von Soldaten an der Grenze zur Ukraine zusammengezogen zu haben. Russland weist die Vorwürfe zurück. Der Kapitän der HMS Prince of Wales, Steve Higham, erklärte, seine Besatzung sei sich "der Herausforderung durch Russland absolut bewusst und bereit, bei Bedarf zu handeln."

Der britische Premierminister Boris Johnson erwäge den Berichten zufolge eine Verdoppelung der Truppen, die zur "Verstärkung der europäischen Grenzen" eingesetzt werden sollen. Er erklärte, dies sei "eine klare Botschaft an den Kreml", dass "wir ihre destabilisierenden Aktivitäten nicht dulden werden."

Auch schnelle Jets, Kriegsschiffe und Militärspezialisten könnten den Berichten zufolge "zum Schutz der NATO-Verbündeten" entsandt werden. Großbritannien hat bereits über 800 Militärangehörige in Estland stationiert. Eine leichte Kavallerieschwadron mit etwa 150 Mann befindet sich zudem in Polen.

Die britische Zeitung Telegraph berichtete, dass sich diese Zahl verdoppeln könnte, während Apache-Hubschrauber auf dem Balkan eingesetzt und ein Zerstörer vom Typ 45 sowie ein Patrouillenschiff zur Überwachung des Schwarzen Meeres entsandt werden könnten. Eine

zusätzliche Staffel der Royal Air Force werde möglicherweise auch nach Zypern verlegt, um den bulgarischen und rumänischen Luftraum zu überwachen.

Johnson wird voraussichtlich mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin sprechen und Anfang dieser Woche in die Krisenregion reisen. Eine zweite Reise zu Treffen mit NATO-Mitgliedern sei für Anfang März geplant.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61f9329148fbef657803c67f.jpg>

dan-news.info: Mehr als 75.000 Menschen wurden auf dem ganzen Gebiet der DVR in 16 Ortschaften aus 400 Gebäuden im Zusammenhang mit der heutigen Mitteilungen über Vermunungen evakuiert.

Dabei wurden etwa 1000 Mitarbeiter des Innenministeriums der DVR eingesetzt, die die entsprechenden Gebäude untersuchen. Bisher wurde noch nichts gefunden.

snanews.de: „Normale Antwort“: Britisches Kriegsschiff überwacht russische Schiffe im Ärmelkanal

Ein Kriegsschiff der britischen königlichen Marine überwacht zwei russische Marineschiffe, die den Ärmelkanal durchqueren. Dies sei eine „normale Antwort“, teilte das Verteidigungsministerium mit.

Die britische Zeitung „Mirror“ berichtete am Mittwoch von der Beobachtungsaktion, mit Verweis auf einen namentlich nicht genannten Vertreter des britischen Verteidigungsministeriums.

Ein solcher Schritt sei eine „normale Antwort“ auf das Verhalten Russlands.

„Im Rahmen einer einheitlichen Reaktion mit unseren Verbündeten überwacht die Royal Navy die Anwesenheit russischer Marineschiffe während des Transits durch den Ärmelkanal“, teilte der Sprecher der Behörde mit.

Die staatliche russische Nachrichtenagentur Tass berichtete am 24. Januar von 20 Schiffen der russischen Flotte, die ihre Stützpunkte verließen, um in dem jeweils zugewiesenen Bereich der Ostsee Militärübungen durchzuführen.

Der britische Premierminister Boris Johnson, der polnische Regierungschef Mateusz Morawiecki und der ukrainische Präsident Wladimir Selenski hielten am Dienstag eine gemeinsame Pressekonferenz in der Ukraine ab. Großbritannien sagte der Ukraine erneut seine Unterstützung zu.

Zuvor hatte die britische Außenministerin Liz Truss Moskau mit schärferen Sanktionen gedroht. Am Montag war bekannt geworden, dass die britische Regierung offenbar in Erwägung zieht, das Vermögen russischer Großunternehmer mit Sitz in Großbritannien zu beschlagnahmen.

Westliche Staaten werfen Russland vor, Streitkräfte an der ukrainischen Grenze zusammengezogen zu haben. Russland weist die Vorwürfe über die Vorbereitung einer

„Invasion“ als Provokation zurück und betont, dass diese als Vorwand zur Aufstockung der Nato-Truppen vor den russischen Grenzen benutzt würden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/02/5214770_0:0:2560:1440_1280x0_80_0_0_e57c8124b837e8324b5125ec95c6f975.jpg

snnews.de: **Keine „Rücklauf-Lieferungen“ mehr: Ukraine kauft russisches Gas direkt von Ungarn – Medienbericht**

Die Ukraine kauft von Dienstag an russisches Gas direkt von Ungarn, berichtet die ukrainische Internet-Zeitung „Strana.ua“ am Mittwoch.

Zuvor hatte der Chef des Betreiberunternehmens „Operator GTS Ukrainy“, Sergej Makogon, erklärt, dass Kiew erstmals Gas unmittelbar aus Ungarn zu importieren beginne, während der Brennstoff früher in einem Rücklaufmodus in die Ukraine transportiert worden sei.

„Die Ukraine wird das gleiche russische Gas beziehen wie vorher, diesmal aber über Vermittler in Gestalt der Slowakei und Ungarns. (Letztere werden Gas aus den Pipelines ‚Turkish Stream‘ und ‚Nord Stream‘ entnehmen – Anm. d. Red.)“, schreibt „Strana.ua“ auf ihrem Telegram-Kanal.

Es wird angemerkt, dass der Lieferbeginn zeitlich mit dem Moskau-Besuch des ungarischen Premierministers Viktor Orban zusammenfiel. Der Chef des ungarischen Ministerkabinetts teilte nach seinen Verhandlungen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin mit, dass die Seiten einem Vertrag über die zusätzliche Lieferung einer Milliarde Kubikmeter Gas nahe gekommen seien. Wie Putin sagte, werde dies kein „besonderes Problem“ für Russland sein. Kiew kaufte seit 2015 formell kein Gas mehr aus Russland und bekam den Brennstoff in dem sogenannten virtuellen Rücklaufmodus. Dieses Schema beinhaltete eine Gegenverrechnung von Lieferungen, wobei ukrainische Verbraucher einen Teil des Transitgases entnahmen, das Gazprom nach Europa lieferte. Die besagten Gasmengen überquerten nicht die Westgrenze, sondern wurden als importiertes Gas registriert.

Der Ende 2019 unterzeichnete Vertrag zwischen Gazprom und dem ukrainischen Gasversorger Naftogaz sieht das Umpumpen von 40 Milliarden Kubikmetern Gas im Jahr durch ukrainisches Territorium vor.

Die Gaslieferungen sollen sich trotzdem verringert haben. Wie der Chef des Unternehmens „Operator GTS Ukrainy“ erklärte, sei der Gastransit in den ersten Tagen des Jahres 2022 faktisch um die Hälfte zurückgegangen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/02/5215936_0:157:3083:1891_1280x0_80_0_0_d89acbf43e6499c956160c5ba0051569.jpg

de.rt.com: **UN-Sicherheitsrat beschäftigt sich mit nordkoreanischen Raketentests**

Seit Jahresbeginn hat Nordkorea schon mehrere Raketentests unternommen. Der jüngste weckt nun auch das Interesse des UN-Sicherheitsrats in New York. Das Thema der Gespräche am Donnerstag wird voraussichtlich der Test einer atomwaffenfähigen Mittelstreckenrakete sein.

Nach den jüngsten nordkoreanischen Raketentests wird sich der UN-Sicherheitsrat am Donnerstag erneut mit dem Land beschäftigen. Nach Angaben von Diplomaten haben die USA ein Treffen hinter verschlossenen Türen angefragt. Im Mittelpunkt der Gespräche am Donnerstag dürfte der Test einer Mittelstreckenrakete stehen, mit dem Nordkorea über seine sechs vorangegangenen Waffentests in diesem Jahr hinausging. Das Land hatte davor ballistische Raketen von kurzer Reichweite, Marschflugkörper und eigenen Angaben zufolge auch Hyperschallraketen getestet.

Am Montag bestätigte Pjöngjang den ersten Test einer atomwaffenfähigen Mittelstreckenrakete seit dem Jahr 2017, die auch die etwa 3.400 Kilometer entfernte US-Pazifikinsel Guam treffen könnte. Der Test einer Rakete vom Typ Hwasong-12 habe die Genauigkeit und Wirksamkeit für ihren Einsatz belegt, berichteten die örtlichen Medien einen Tag nach dem Testflug.

Nach Einschätzung von Experten hat die Hwasong-12 eine Reichweite von 4.500 Kilometern. Nach Angaben des südkoreanischen Militärs soll die Rakete beim jüngsten Test etwa 800 Kilometer weit geflogen sein. Der Test einer Hwasong-12 stellt nach Einschätzung von Experten kein grundlegend neues Bedrohungsszenario dar. Nordkorea hat eine solche Rakete vor fünf Jahren schon mehrfach getestet.

Der UN-Sicherheitsrat berät wiederholt über die Waffentests Nordkoreas und andere Verstöße gegen die UN-Sanktionen. Die Treffen hinter verschlossenen Türen bleiben dabei meist ohne gemeinsame Beschlüsse und enden mit Stellungnahmen einzelner Länder oder Gruppen von Staaten.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fa6a95b480cc037046b853.jpg>

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 02.02.2022**

In den letzten 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 56. Brigade von den Positionen in Peski aus **Wesjoloje** mit Granatwerfern beschossen.

Kämpfer der 54. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus **die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in Donezk beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade von den Positionen in Pawlopol und Wodjanoje aus **Sosnowskoje** und **Kominternowo** beschossen.

Außerdem haben Kiewer Kämpfer im Gebiet von Pawlopol in Ausführung eines verbrecherischen Befehls des Brigadekommandeurs Gnatow eine **Drohne mit einer angehängten selbstgebauten Sprengvorrichtung eingesetzt** und damit grob den ersten Punkt des Komplexes von Zusatzmaßnahmen verletzt.

In Ausübung seiner Pflicht zum Schutz der Republik **starb einer unserer Verteidiger infolge der Detonation** der Sprengvorrichtung. Wir sprechen den Verwandten und Freunden des Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Seit Beginn des heutigen Tages wurden drei Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

Kämpfer der 36. Brigade haben von den Positionen in Talakowka aus zweimal **Kominternowo** beschossen und zwei Mörsergeschosse des Kalibers 82mm und drei Granaten mit Antipanzergrenatwerfern abgefeuert.

Außerdem haben Kämpfer von den Positionen im Gebiet von Pischtschewik aus **Oktjabrj** mit 82mm-Mörsern beschossen.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer der 25. Luftlandebrigade einen Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Nowobachmutowka stationiert.

Außerdem haben Kämpfer des 3. Luftlandebataillons der 25. Brigade das Gebiet der Donezker Filterstation während der Ankunft der Mitarbeiter der Station beschossen..

Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission Nr. 23 vom 1.2.2022 bestätigt.

Nach Informationen örtlicher Einwohner auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium sind Fälle von Beschränkung der Rechte und Freiheiten gegenüber der friedlichen Bevölkerung sowie anhaltende Fälle von Plünderungen von Seiten ukrainischen Soldaten

festzustellen.

So haben Kämpfer der 53. mechanisierten Brigade im Gebiet von Beresowoje mit dem Abbau des Fundaments eines verlassenen alten Kuhstalls begonnen. Für den Abbau und den Transport der Betonblöcke wurden Personal eines Panzergrenadierbataillons der 53. Brigade, zwei Lastwagen und ein ziviler Kran eingesetzt. Das abtransportierte Material wird zum Bau neuer provisorischer Checkpoints verwendet werden, um die Arbeit von Beobachtern der OSZE-Mission zur Erfassung verbotener Waffen und Militärtechnik, die in Verletzung der Minsker Vereinbarungen entlang der Kontaktlinie stationiert sind, zu behindern.

Mit der Installation provisorischer Checkpoints versucht das Kommando der ukrainischen Streitkräfte auch, einen Übergang ukrainischer Kämpfer auf das Territorium der Republiken unmöglich zu machen und den Verkehr friedlicher Einwohner, die gegenüber der DVR und der LVR loyal eingestellt sind, wesentlich zu beschränken.

snanews.de: **Nato betrog Russland: Kreml-Sprecher resümiert Putins Position bei Treffen mit Orban**

Bei einer Pressekonferenz mit dem ungarischen Premierminister Viktor Orban hat Putin drei wichtige Thesen angesprochen, die die Nato-Politik, die Ukraine und die Position Russlands in diesen Fragen betrafen. Heute resümierte sein Sprecher, Dmitri Peskow, diese Stichpunkte im Gespräch mit Reportern.

„Ich möchte hier Nachdruck auf drei sehr wichtige Aussagen des Präsidenten legen. Die erste Aussage betrifft den Umstand, dass man uns seinerzeit böse betrogen hat, indem man versprach, die Nato nicht zu erweitern, dann aber eine solche Erweiterung vorgenommen hat. Der Präsident äußerte sich bildhaft dazu: Man hat uns einfach abgezockt“, so Peskow. Zweitens, die Strategie der nationalen Sicherheit der Ukraine gehe unmittelbar von einer Gewaltanwendung aus, die auf die Rückholung von Territorien abziele, sagte der Pressesprecher.

„In diesem Fall könnten wir, hypothetisch gesehen, in absehbarer oder ferner Zukunft mit einer Situation konfrontiert sein, da das Nato-Mitglied Ukraine die Russische Föderation überfallen würde. Man muss im Auge behalten, dass es nationalistisch gesinnte Personen, und zwar nicht nur unten, sondern auch oben in der Führungsspitze gibt. So etwas ist nicht auszuschließen. In einem solchen Fall würden wir mit der Gefahr eines Krieges zwischen Russland und dem Nordatlantikpakt konfrontiert sein“, betonte Peskow.

Als Punkt drei nannte er das Faktum, dass die These über „offene Türen“ nirgendwo dokumentarisch fixiert sei.

„Im Artikel 10 der Satzung (der Nato) heißt es, dass neue Mitglieder aufgenommen werden können. Dabei werden keine ‚offenen Türen‘ erwähnt. Auch das müssen alle im Gedächtnis behalten“, sagte Peskow.

Auf die Äußerungen des Präsidenten vom Vortag eingehend, sagte der Kreml-Sprecher: Putin „sprach mit mäßigem, recht mäßigem Optimismus und mit Hoffnung über die Möglichkeit, das Problem der Sicherheitsgarantien für Russland bei einem entsprechenden Wunsch und auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen lösen zu können“.

Wladimir Putin hat am Dienstag bei einer Pressekonferenz nach den russisch-ungarischen Verhandlungen die Hoffnung geäußert, dass die Lösung für das Problem der Sicherheitsgarantien im Endergebnis gefunden werde. Wie sie sein werde, sei noch kaum abzusehen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/19/5127668_0:159:3076:1889_1920x0_80_0_0_c4757c5a842828f517c0185aa289cc2d.jpg

snanews.de: **Ausstrahlung von RT DE in Deutschland verboten – Behörde**

Die Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) hat laut einer Mitteilung von Mittwoch die Ausstrahlung des russischen Auslandssenders RT in Deutschland wegen der fehlenden medienrechtlichen Zulassung verboten.

„Die Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) der Medienanstalten hat am 1. Februar 2022 die Veranstaltung und Verbreitung des Fernsehprogramms 'RT DE' in Deutschland beanstandet und untersagt, weil die dafür erforderliche medienrechtliche Zulassung nicht vorliegt“, teilte die Kommission mit.

Für das Programm RT DE sei eine Zulassung gemäß § 52 des Medienstaatsvertrags erforderlich. Diese sei aber weder erteilt noch beantragt worden, hieß es weiter.

Daher sei die Veranstaltung und Verbreitung des TV-Programms über Live-Stream im Internet, über die Mobile- und Smart-TV-App „RT News“, aber auch über den Satelliten einzustellen. Die Veranstalterin von „RT DE“ könne sich auf keine andere europarechtlich legitime Erlaubnis berufen.

Das Unternehmen RT DE Productions werde gegen diese Entscheidung Berufung einlegen, erklärte die stellvertretende Chefredakteurin von RT, Anna Belkina. Der Sender werde die Ausstrahlung von Moskau fortsetzen.

RT hatte am 16. Dezember 2021 einen neuen 24/7-Nachrichtensender auf Deutsch gestartet. Noch am selben Tag wurde er auf YouTube gesperrt, dann schloss ihn der europäische Satellitenbetreiber Eutelsat von der Ausstrahlung aus.

Eva Flecken, die Direktorin der mabb, gab an, dass der Sender angeblich ein deutschsprachiges Live-Programm gestartet habe, ohne eine Lizenz erhalten zu haben. Danach begann eine Untersuchung.

Im August erhielt RT DE eine offizielle Absage aus Luxemburg, welche sich auf „Informationen und Analysen der deutschen Behörden“ bezog. Im September entfernte YouTube dauerhaft zwei RT DE-Kanäle wegen angeblicher „Verstöße gegen die Community-Richtlinien“. Dabei belegte RT DE den vierten Platz in Sachen Einfluss unter den deutschsprachigen Medien und ließ laut dem weltweit führenden Anbieter von digitaler Videomessung, Tubular Labs, den deutschen Auslandssender, die Deutsche Welle, und andere deutsche Medien hinter sich.

Beim jüngsten Besuch der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock in Moskau erklärte ihr russischer Amtskollege, Sergej Lawrow, Russland habe allen Grund zur Annahme, dass die Bundesregierung unmittelbaren Bezug zur Benachteiligung russischer Fernsehjournalisten

in Deutschland habe. Annalena Baerbock reagierte darauf mit der Erklärung, die Mitarbeiter von RT DE hätten in Deutschland ungehinderten Zugang zu journalistischer Arbeit, beispielsweise auch zur Bundespressekonferenz.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/1c/4834649_0:314:3081:2047_1920x0_80_0_0_c73599f1b5dd1f4e3dd2a5f94e84f3aa.jpg

snanews.de: **„Dummes Zeug“ – FDP-Bundestagsabgeordnete will Putins Pläne und Ängste entschlüsselt haben**

Das Mitglied des FDP-Bundesvorstandes und des Vorstands der FDP-Bundestagsfraktion, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, hat am Mittwoch mit ausländischen Journalisten ihre Sicht auf den Ukraine-Konflikt und die vermutliche Strategie von Russlands Präsident Wladimir Putin geteilt.

Es kamen dabei besonders interessante Fragen von einer Journalistin, die für den privaten kurdischen Fernsehsender Rudaw Media Network in Deutschland arbeitet. Sie wollte von Strack-Zimmermann wissen, ob „wir“ von Russland abhängig seien und ob Europa mit Nord Stream 2 Russland unter Druck setzen könne, damit „Russland sich zurückzieht“. Aber vor allem wollte sie von der FDP-Politikerin wissen: Worum geht es Russland im Ukraine-Konflikt ganz genau: um Macht, Gas oder was? Sie schien aufrichtig nicht den Grund einzusehen, warum Moskau seine Forderungen nach den Sicherheitsgarantien an die Nato stellte.

Merksels Äußerungen von Nord Stream 2 „dummes Zeug“?

Dass die deutschen Energiekonzerne wie RWE jetzt sagen: „wir brauchen das Gas aus Russland“, verängstigt aus der Sicht der FDP-Politikerin nur unnötig die Menschen und schürt Panik. „Das finde ich äußerst bedenklich.“ (88 Billionen US-Dollar für das Jahr 2020).

Wladimir Putin bekomme also diese Devisen durch Gas, so die Politikerin weiter und ging zu Nord Stream 2 über:

„Was die Kanzlerin Merkel immer gesagt hat, dass Nord Stream 2 ein wirtschaftliches Projekt sei ... Mit Verlaub, das ist dummes Zeug. Es hat immer was mit Geostrategie zu tun, wenn man Gaslieferungen nach Deutschland organisiert, an der Ukraine vorbei.“

Die FDP habe sich dazu schon klar positioniert, fuhr sie fort: Es könne keine Nord-Stream-2-Pipeline geben, solange „Putin derart viele Soldaten dort an der Grenze stehen hat.“ Dass die deutschen Energiekonzerne wie RWE jetzt sagen: „wir brauchen das Gas aus Russland“, verängstigt aus der Sicht der FDP-Politikerin nur unnötig die Menschen und schürt Panik.

„Das finde ich äußerst bedenklich.“

„Putin hat Angst davor ...“

Strack-Zimmermann findet nicht, dass Russlands Sorgen um seine Sicherheit berechtigt seien.

„Ich glaube, dass Wladimir Putin keine Angst vor der Nato hat“, sagte sie dazu. Die Nato

habe ja immer wieder erklärt, dass sie keinen Krieg oder eine militärische Auseinandersetzung wolle. Dagegen zeigt sie sich überzeugt: „Putin hat Angst davor, dass sich in der Ukraine Freiheit entwickeln könnte, die sich eben mit dem Westen vereinbaren ließe. Und dass unter Umständen Länder, die der Russischen Föderation angehören, dies beobachten können.“ Hier meinte Strack-Zimmermann offenbar die ehemaligen Länder der Sowjetunion.

Es gebe Länder, angefangen von der Ukraine und von Georgien, so die Politikerin, die schon vor zehn Jahren um eine Nato-Mitgliedschaft gebeten hätten, weil sie sich „von der Mentalität her dem Westen zugewandt haben“. Auch die wirtschaftlichen Gründe könne man diesen Ländern nicht verübeln, fügte sie hinzu. Zu der Frage der Nicht-Ausweitung der Nato in den Osten sagte sie: „Es gibt die Nato-Russland-Akte aus den 1990er Jahren, wo festgeschrieben wurde, jedes Land kann sich sein Bündnis selber wählen und die Unverletzlichkeit der Grenzen soll gewährleistet sein.“ Das soll aus der Sicht der Politikerin genügen, um die Frage nicht erneut zu stellen.

Die Europäische Sicherheitscharta der OSZE hat Strack-Zimmermann nicht erwähnt. Darin steht: Kein Teilnehmerstaat und kein Bündnis soll seine Sicherheit zulasten anderer Staaten erhöhen und die Staaten sollen aufeinander Rücksicht nehmen und gegenseitige Sicherheitsinteressen respektieren.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/02/5215117_0:103:3073:1332_1920x0_80_0_0_8627ed0f8df55f0dee8de80020b028ef.jpg